

Projektkoordinator:

IKF – Institut für Konfliktforschung
(Österreich)

Forschungspartner:

CESIS – Centre for Studies for Social Intervention
(Portugal)

DHPol – Deutsche Hochschule der Polizei
(Deutschland)

SAFE Ireland (Irland)

UwB – Universität Białystok (Polen)

ZOOM – Gesellschaft für prospektive
Entwicklungen e.V. (Deutschland)



Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V.

Kontakt details:

Sandra Kotlenga

Tel: 0551/50 84 513

s.kotlenga@prospektive-entwicklungen.de

Barbara Nägele

Tel: 0551/50 84 511

b.naegele@prospektive-entwicklungen.de

Janina Rosemeier

Tel: 0551/50 84 514

j.rosemeier@prospektive-entwicklungen.de

Homepage:

www.prospektive-entwicklungen.de

SNaP

Polizeiliche und gerichtliche Schutz-
anordnungen bei Gewalt in engen
sozialen Beziehungen - die Situation von
Frauen mit besonderen Bedürfnissen



Unterstützt durch die Europäische Kommission
von der Generaldirektion Justiz im Rahmen des
Daphne III Programms

Polizeiliche und gerichtliche Schutzanordnungen bei Gewalt in engen sozialen Beziehungen – die Situation von Frauen mit besonderen Bedürfnissen

Das Daphne III-Projekt SNaP (Special needs and protection orders) fokussiert auf den Schutz von besonders gefährdeten Gruppen von Opfern häuslicher Gewalt. Dazu gehören, unter anderem, ältere Frauen, Frauen mit Behinderungen oder mit psychischen Gesundheitsproblemen. In zwei vorhergegangenen Projekten wurde deutlich, dass insbesondere der Schutz von älteren Frauen oft eine besondere Herausforderung für Polizei, Staatsanwaltschaft und/oder Gericht darstellt. Viele der Maßnahmen zielen in den meisten Ländern darauf, eine Sicherheits- und Schutzzone für Gewaltbetroffene einzurichten. Diese können temporär oder dauerhaft sein und dienen dazu, Distanz zwischen dem Gefährder und dem Opfer herzustellen, so dass der Täter, wenn überhaupt, nur eingeschränkt mit dem Opfer in Kontakt kommen kann. Derartige Schutzmaßnahmen setzen voraus, dass die zu schützende Person alleine leben und eigenständig Entscheidungen treffen kann.

Zentrale Ziele

Das Projekt untersucht Schutzmaßnahmen in den Partnerländern, um festzustellen, wie geeignet und effektiv sie für verschiedene Gruppen von Opfern mit besonderen Bedürfnissen sind, die von Unterstützung abhängig sind. Des Weiteren wird erforscht, wie Alternativen gestaltet sein könnten bzw. wie in solchen Fällen das bestehende Instrumentarium an die Opferbedürfnisse angepasst werden kann.

Forschungen bestätigten, dass die aktuelle Praxis der Schutzanordnungen problematisch ist, weil die von den Opfern benötigte Unterstützung nicht gewährleistet oder nicht adäquat berücksichtigt wird. Wir wollen daher

- ❖ zentrale Probleme im Rahmen der Implementierung der gesetzlichen Regelungen im Allgemeinen benennen
- ❖ Opfergruppen, denen die gesetzlichen Bestimmungen nicht oder nur zum Teil nützen, identifizieren
- ❖ bestehende Grenzen und Möglichkeiten der gesetzlichen Regelungen und ihrer Implementierung mit Blick auf besonders gefährdete Frauen ermitteln
- ❖ Empfehlungen für eine entsprechende Anpassung der bereits bestehenden Maßnahmen und für alternative Lösungen erarbeiten.

Hauptaktivitäten und erwartete Ergebnisse

Das Projekt konzentriert sich auf drei Bereiche: Erstens werden auf der jeweiligen nationalen Ebene die rechtlichen Bestimmungen zum Schutz vor Gewalt im engen sozialen Umfeld (Familie, (Ex-)Partnerschaften) und vorliegende Statistiken zu Schutzmaßnahmen analysiert, ergänzend erfolgen Interviews mit ExpertInnen. In einem zweiten Schritt werden Fallstudien sowie Interviews mit PraktikerInnen aus den verschiedensten Bereichen (Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte, NGOs) durchgeführt.

Drittens werden unter Einbeziehung von ExpertInnen ein Strategiepapier erstellt und die Forschungsergebnisse sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene kommuniziert (internationale Konferenz, Website).

Die Verbreitung der Forschungsergebnisse und die Diskussion der daraus resultierenden Empfehlungen sollen zu einem Agenda-Setting in diesem Bereich führen. Eingebunden werden die zuständigen Stakeholder im Bereich von Politik und Verwaltung, Fachleute (vor allem bei den Anbietern von sozialen Diensten) sowie WissenschaftlerInnen aus den Partnerländern und innerhalb der EU.